

## Grünes Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29.09.2015

1. Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 28.07.2015 und Bekanntgabe der nicht öffentlichen Beschlüsse: Vergabe eines Grundstückes an einen Investor, zum Bau eines Haus der Gesundheit im Gewerbegebiet 2. Grundstückstausch im Zuge der Aldierweiterung und Einstellung von Personal im Eigenbetrieb St. Leoner See.
2. Bestellung von Urkundspersonen: Werner und Albert
3. Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung: Hier gab es drei Wortmeldungen der Bürgerinitiative Asyl St. Leon-Rot. Zunächst hat Hr. Schmidt an die christlichen Werte appelliert. Dann hat Frau von Hahn zur Anregung gegeben, dass in der Flüchtlingspolitik der Gemeinde zukünftig rechtzeitig Konzepte entwickelt werden, Transparenz über die Entscheidungen eingehalten wird und dass St. Leon-Rot die Aufgabe gemeinsam als eine Gemeinde bewältigt. Zum Schluss hat Hr. Hauptenthal nochmals die Frage an die Gemeinde gerichtet wie sie die Unterbringung der Flüchtlinge organisieren will und daran erinnert, dass Flüchtlinge nur Anspruch auf eine Wohnfläche von 4,5 qm und ein Taschengeld von 123.- € pro Monat haben. Der Bürgermeister hat dem Entgegnet, dass die offiziellen Zahlen bis Anfang September Gültigkeit hatten und man die Planungen auf dieser Grundlage geführt habe. Auch weißt er daraufhin, dass das Thema Flüchtlingen mehrfach in öffentlichen Sitzungen angesprochen wurde über die weiteren Pläne wird er in dieser Sitzung noch berichten.
4. Ausscheiden aus dem Gemeinderat: Gerhard Haffner scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Gemeinderat aus. Als Grund gibt er an, dass er mehr als 10 Jahre dem Gemeinderat angehört. Da dies ein Grund ist, der zulässig und nachprüfbar für jeden ist, hat der Rat einstimmig dem Wunsch statt gegeben.
5. Nachrücken in den Gemeinderat: 1. Nachrücker auf der Liste der Union wäre Hr. Walter Götzmann gewesen. Er lehnt jedoch ab. Als Grund gibt er an, dass er dem Gemeinderat schon mehr als 10 Jahre angehörte und älter als 62 Jahre ist. Dies wird einstimmig angenommen. 2. Nachrücker wäre Hr. Horst Knopf gewesen. Auch er lehnt ab. Als Grund gibt er an, dass er aus zeitlichen Gründen nicht dem Gemeinderat zur Verfügung stehen kann. Der Rat nimmt diese Aussage einstimmig an.  
Warum man sich zur Wahl aufstellen lässt um dann nicht dem Wählerwillen zu folgen, muss jeder selbst entscheiden. Zwei Ablehnungen sprechen wohl für sich.
6. Nachrücken von Herrn Carsten Kamuf in den Gemeinderat: Mit ihrem 3. Nachrücker hat die Union dann mehr Glück: Hr Carsten Kamuf wird einstimmig vom Gemeinderat verpflichtet.
7. Besetzung gemeinderätlicher Gremien: Durch das Ausscheiden von Hr. Haffner, müssen dessen Posten in den Gremien neu besetzt werden. Der Rat stimmt einstimmig folgender Besetzung zu:
  1. Ausschuss Umwelt und Technik und Umlegungsausschuss: Hr. Carsten Kamuf
  2. Aufsichtsrat Harres GmbH: Hr. Roman Heger
8. Neubesetzung des Kuratorium für die Kindergärten. Aufgrund der Erweiterung des Gremiums auf 6 Gemeinderatsvertreter sind Neuwahlen notwendig. Folgende Personen sind nun vertreten: Grüne - Norbert Knopf; Freie Wähler - Tobias Rehorst; FDP/SPD - Michael Herling; Union - Sina Ronellenfitsch; CDU - Benjamin Speckert; JL - Rouven Dittmann

9. Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen hier: Bürgerantrag nach § 20b GemO . Dabei geht es um folgenden Beschluss: "Der Standort der Unterkunft ist die Erweiterung des Gewerbegebiets Schiff . Die Flüchtlingseinrichtung soll für maximal 26 Personen ausgelegt werden. Der Standort wird auf das Gebiet hinter dem geplanten Ärztehaus festgelegt. Die Verwaltung wird ermächtigt zu bauen. Weiterhin wird ein weiterer Standort gesucht."
1. Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerantrages: Hier geht es um die formale Zulässigkeit des Antrages. Da alle Formalitäten eingehalten wurden, werden wir zustimmen. Einstimmig angenommen
  2. Behandlung des Bürgerantrages, Anhörung der Antragsteller, Beschlussfassung: An diesem Punkt kamen die Initiatoren des Bürgerantrages zu Wort. Ein Hr. Feindler sprach. Er monierte die Informationspolitik des Rathauses. Die Anwohner fühlten sich überrumpelt, weil sie andere Standorte für sinnvoller erachteten. Er betonte, dass es nicht gegen Flüchtlingen im Allgemeinen gehe. Nur nicht so nah an der Wohnbebauung. Interessant für uns wahr, dass er viele Argumente seines schriftlichen Antrages ("Angst um die Sicherheit unserer Familien, Unterkunft als neue Lärm- und Unruhequelle, Konflikte innerhalb der Gemeinschaftsunterkunft (Alkoholismus, Vandalismus, Streitereien ), Verfall der Immobilienpreise, Angst um die Sicherheit des Eigentums) nicht vortrug. Der Bürgermeister entgegnete den Antragstellern, dass es sich bei den Flüchtlingen um Anschlussunterbringung gehe. Ziel sei die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft. Daher ist die Nähe zur Wohnbevölkerung nun mal Voraussetzung. Er sprach sich dafür aus, die Unterkunft an den ursprünglich von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort (gegenüber Rewe) zu platzieren. In Anbetracht der Tatsache, dass die zu erwarteten Flüchtlingszahlen steigen, wird die Größe der Einrichtung aber auf 38 Plätze steigen. Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Hierbei handelte es sich um einen Kompromiss, bei dem auch wir Zugeständnisse gemacht haben.
10. Flüchtlingsunterbringung: Der Gemeinderat hatte in mehreren vergangenen Sitzungen angeregt Häuser und Wohnungen zur Flüchtlingsunterbringung zu kaufen oder zu mieten. Der Bürgermeister bat den Gemeinderat, dass die Verwaltung eine Ermächtigung zum Handeln in dieser Frage erhalte, damit die Verwaltung schnell handeln könnte. Der Ermächtigung wurde einstimmig zugestimmt. Hier zeigt sich mal wieder, dass man in Zugzwang geraten kann, wenn man nicht rechtzeitig eine Aufgabe beginnt.
11. Einstellung von Personal zur Flüchtlingsbetreuung: Die Grünen hatten im Januar angeregt Sozialarbeiter zur Flüchtlingsbetreuung und zur Unterstützung der Freiwilligenarbeit einzustellen. Nun wurde unser Antrag umgesetzt. Die Verwaltung hat vorgeschlagen einen Sozialarbeiter einzustellen. Von der FDP kam dann die Anregung – aufgrund des inzwischen geänderten Betreuungsschlüssels von 1 Betreuer auf 120 Flüchtlinge – doch gleich zwei Personen einzustellen, wenn doch mit einer viel größeren Zahl an Flüchtlingen zu rechnen sei. Die FW schlugen dagegen vor, erst einmal eine Stelle zu schaffen, aber bereits eine zweite Stelle ins Auge zu fassen. Von Seiten der CDU sah man die Notwendigkeit von zwei Sozialarbeitern nicht, aber dafür den Bedarf für eine zusätzliche Stelle im Gemeindevollzugsdienst. Von Seiten der Grünen schlug man als Kompromiss die Schaffung von 1 ½ Sozialarbeiterstellen vor, man hätte dann immerhin bereits zwei

Personen, deren Kontingent man dann im Bedarfsfall leicht aufstocken könne. Nach der Diskussion kam es zur Abstimmung. Für die Einstellung von 2 Sozialarbeitern: 9 Ja / 12 Nein / 2 Enthaltungen. Damit war dieser Vorschlag abgelehnt. Für die Einstellung von 1 Sozialarbeiter und von 1 Hausmeister wurde einstimmig zugestimmt. Als Zusatz wurde vereinbart, einen zweiten Sozialarbeiter einzustellen, wenn es Bedarf dafür gibt. Für uns Grüne war dieser Tagesordnungspunkt ein voller Erfolg. Der Vorschlag den Gemeindevollzugsdienst auf 2 Stellen zu erhöhen um auch im Bereich der Flüchtlinge für mehr Überwachung und Sicherheit zu sorgen wurde vertagt, da er weit über den Tagesordnungspunkt hinaus geht.

12. Unterhaltung der Feld- und Wirtschaftswege: Auftragsvergabe - einstimmig angenommen
13. Erschließung Hauptstr. 59, Verkehrsanlage: Auftragsvergabe - einstimmig angenommen
14. Neubau einer Mensa an der Parkringschule: Auftragsvergabe - einstimmig angenommen
15. Zuschussanträge nach Vereinsförderrichtlinien:
  1. DRK St. Leon Helfer vor Ort Förderung neues Fahrzeug. Hier waren wir dafür den Fördersatz von 33 auf 50% zu erhöhen, da es sich um ein Fahrzeug handelt, dass in erster Linie der Allgemeinheit dient und nicht dem Verein. Nach einigen Diskussionen wurde der Vorschlag einstimmig angenommen
  2. Kleintierzuchtverein St. Leon e.V. - Sanierung Schafgehege - einstimmig angenommen
16. Genehmigung von Spenden für Gemeindeeinrichtungen: Eine Spende von 333.- € von Wüstenrot, für die Roter Ortsvereine - einstimmig angenommen
17. Verschiedenes: -
18. Wünsche und Anfragen aus dem Gemeinderat: Antrag der Grünen auf Bewerbung als Fairtrade-Gemeinde wurde eingebracht.